Neueste Nachrichten.

* Berlin, 11. September. (Fernsprechmeldung des „Leipziger Tageblattes".) Während des gestrigen Paradediners unterhielt sich der Kaiser angelegentlich mit dem Kronprinzen von Griechenland, mit dem Prinzen Albrecht und dem Kriegsminister, sowie mit dem Commandeur des III. Armeecorps und dem General von Hahnke. Der Kaiser lobte die Truppen und gedachte der Thaten des III. Armeecorps, besonders am 17. August. — Einem Telegramm der „Post" zufolge wird vom 29. September bis 4. October ein englisches Uebungsgeschwader in Kiel anwesend sein. — Prinz Heinrich wird übermorgen von Kiel hier eintreffen. — Der Gemeinderath von Neapel wählte eine aus 4 Mitgliedern bestehende Commission, welche die Vorbereitungen zu einem glänzenden Empfange des Kaisers treffen soll. — Wirkl. Geheimrath von Pape, Vorsitzender der Commission zur Berathung eines bürgerlichen Gesetzbuchs, ist heute Nachmittag gestorben. — Die Kaiserin Augusta ist heute Nacht 12 Uhr in Baden-Baden eingetroffen. — Verona. Infolge der unausgesetzten Arbeiten der Truppen, welche Brücken und Dämme herstellen, ist die Ueberschwemmung auf den niedrigst gelegenen Theil der Stadt eingeschränkt. Da der Wasserstand der Etsch in Trient seit einigen Stunden derselbe geblieben ist, erscheint die Gefahr beseitigt. — Wie dem „Reuter'schen Bureau" aus Pietermaritzburg gemeldet wird, hat der Grenzcommissar Meyer die Meldung aus dem Transvaalgebiete gebracht, daß die Zulus sich Transvaal unterworfen haben und daß Dinizulu sich der Transvaalrepublik unter der Bedingung übergeben hat, daß er nicht an die Engländer ausgeliefert werde.

Nachtrag zum politischen Tagesbericht.

* Gegenüber einer Darstellung in der „Independance belge", welche die Königin Isabella von Spanien kürzlich in Wien gewesen sein läßt, und von einem angeblichen organischen Leiden des jungen Königs von Spanien spricht, ist die „Politische Correspondenz" von befugter spanischer Seite zu der Versicherung ermächtigt, daß Königin Isabella sich seit Jahren nicht in Wien befunden hat; daß König Alfonso XIII. niemals irgendwie ernstlich krank gewesen ist und auch gegenwärtig sich einer ausgezeichneten Gesundheit und des besten Wohlbefindens erfreut.

* Das Wiener „Fremdenblatt" sieht der beginnenden Landtags-Campagne nicht ohne Sorge entgegen. Gerade die Landtage solcher Länder, in denen es inhaltschwere und bedeutsame Vorlagen zu bewältigen giebt, haben sich in den letzten Jahren darin gefallen, die Hauptsache, das heißt die wahren Interessen, die praktischen Bedürfnisse des Volkes als Nebensache zu betrachten und in dem kleinlichen politischen und nationalen Kampfe ihre Lorbeeren zu suchen. Das Arbeitsmaterial sei auch in dieser Session den einzelnen Landtagen nicht karg zugemessen; es finde sich Gelegenheit genug, in den Wochen bis zur Eröffnung des Reichsrathes in den Landstuben des Volkes Wohl zu fördern. Unter jenen Landtagen, welche dergleichen Mahnungen oft genug mit lauter Verachtung gestraft haben, stehe der böhmische Landtag obenan. Die Verschärfung der nationalen Gegensätze habe in diesem Königreiche bereits zum Austritt der deutschen Abgeordneten aus dem Landtage geführt, und auch jetzt haben die Vertreter der Deutschen Böhmens ihr weiteres Fernbleiben von den Berathungen des Landtages angekündigt. Dieser Entschluß sei heute ebenso zu beklagen als damals, da er zum ersten Male der Oeffentlichkeit bekannt geworden ist. Auch die Entfernung der Deutschen aus dem Landtage aber verbürge nicht die friedliche Arbeit in demselben. Gerade in den letzten Wochen haben die „modernen Hussiten" Wahlsiege gefeiert und eine Action in Scene gesetzt, welche keineswegs darauf hindeutet, daß sie ihre Tapferkeit nur in ernster Arbeit bewähren wollen.

* Zur socialdemokratischen Agitation in der Schweiz wird der „Allgemeinen Zeitung" aus Zürich, 9. September, geschrieben:

Den socialdemokratischen Führern liegt es nicht recht, daß der Bundesrath, bezw. das Justiz- und Polizeidepartement, dem Auftrag nachkommt, welchen die Bundesversammlung bezüglich der politischen Polizei gegeben hat. Es wird den eidgenössischen und cantonalen Behörden zur schweren Sünde angerechnet, daß sie sich anschicken, den Maulwurfsgängen der socialrevolutionairen Agitatoren nachzuspüren. Die üble Laune der Socialdemokraten macht sich in leidenschaftlichen Auslassungen in der Presse Luft; so bringt beispielsweise der „Schweizerische Socialdemokrat" in seiner neuesten Nummer folgenden schönen Satz: „Hoffentlich bricht der Krug unserer Reactionaire in nicht ferner Zeit und heißt es dann im ganzen Lande herum einhellig: fort mit der politischen Polizei! herunter mit dem Bundesrath und der Bundesversammlung, die uns dieses unschweizerische Wesen und Gezücht aufgehalst haben." Inzwischen arbeiten die socialdemokratischen Führer eifrig an der Organisation ihrer Partei. Das Actionscomité des schweizerischen Arbeitertages hat den Entwurf eines Statuts für die „Socialdemokratische Partei der Schweiz" ausgearbeitet und es soll derselbe dem nächstens zusammentretenden Parteitag zur Annahme vorgelegt werden. Dieser Entwurf sieht als Organe der Partei den Parteitag und das Parteicomité vor. Der Parteitag besteht aus Delegirten sämmtlicher Ortschaften, welche mindestens 100 Parteigenossen zählen. Ortschaften mit weniger Mitglieder können sich zur Wahl von Delegirten vereinigen. Der Parteitag tritt jährlich einmal zusammen. Das Parteicomité besteht aus sieben Mitgliedern. Die „Socialdemokratische Partei der Schweiz" soll sich nur mit eidgenössischer Politik nach dem Parteiprogramm befassen. Die cantonalen und localen Organisationen operiren auf ihren Gebieten selbstständig und können eigene cantonale und locale Parteiprogramme aufstellen, welche aber dem Parteicomité vor Veröffentlichung zur Begutachtung mitzutheilen sind. Nach dem Statutenentwurf sollen auch Frauen der Partei beitreten können. Die Socialdemokraten haben bisher in der Schweiz bei Wahlen und Abstimmungen nirgends selbstständig mit Erfolg auftreten können; einen solchen konnten sie nur etwa in Zürich erzielen, wenn sie sich an die verwandte demokratische Partei anlehnten, die ihrerseits einen solchen Zuzug gegenüber der starken liberalen Partei gar wohl brauchen konnte. An dem bevorstehenden socialdemokratischen Parteitag ist es zumeist auf den Grütli-Verein abgesehen. Wenn es den Führern gelingen sollte (woran wir zunächst noch zweifeln), diesen größten aller schweizerischen Arbeitervereine für die neue Partei-Organisation zu gewinnen, so müßte mit der letzteren bei Wahlen, Abstimmungen rc. gerechnet werden; denn es wäre damit, wie der bekannte Arbeiterführer Conzett (Redacteur des deutschen „Socialdemokrat" und der „Arbeiterstimme") bemerkt, „ein Kern zu einer mächtigen socialdemokratischen Partei vorhanden, welcher die Fahne der Socialdemokratie in jeder Beziehung hochhält". Man darf auf den weiteren Verlauf der Dinge um so gespannter sein, als der Grütli-Verein gegenwärtig eine Krisis durchmacht, welche möglicher Weise zu einer Spaltung des Vereins führt. Es findet nämlich gegenwärtig die Abstimmung über die grundsätzliche Frage statt, ob in Zukunft nur Schweizer oder (wie bisher) auch Ausländer dem Grütli-Verein angehören können. Der Entscheid wird wahrscheinlich in ersterem Sinne ausfallen. Ob aber dann die radicale Minderheit sich einfach fügen werde, wird in verschiedenen Kreisen bezweifelt.

* Ueber eine abessinische Deputation in Rußland schreibt man der „Politischen Correspondenz" aus Petersburg, 6. September:

Wie vor einiger Zeit berichtet wurde, war aus Anlaß der Feier der Einführung des Christenthums in Rußland eine aus zwei abessinischen Geistlichen bestehende Deputation des Negus von Abessinien nach Rußland gekommen, welche außerdem mit der Aufgabe betraut war, dem Zaren die Grüße des Negus zu übermitteln, sowie über das Schicksal eines goldenen Kreuzes, welches der Negus dem verstorbenen Kaiser Alexander II. übersendet hatte, zuverlässige Kunde einzuholen. Den beiden Geistlichen, Priester Gregor und Diacon Michael, war es insbesondere darum zu thun, der zuletzt bezeichneten Sendung gerecht zu werden, da ihnen, wie versichert wird, für den Fall, daß sie ohne sichere Aufklärungen über das erwähnte Kreuz nach Abessinien zurückkehren sollten, seitens des Negus der Tod angedroht wurde. Die Geistlichen, welche seit ihrer Rückkehr von den Feierlichkeiten in Kiew im St. Alexander-Kloster in St. Petersburg beim Metropoliten Mgr. Isidor Wohnung nahmen, bemühten sich auf alle Weise, vom Kaiser Alexander III. in Audienz empfangen zu werden. Der Zar scheint anfangs hierzu durchaus nicht geneigt gewesen zu sein; die Fürsprache verschiedener Persönlichkeiten, sowie der Hinweis auf das Schicksal, das den Priestern für den Fall des Scheiterns ihrer Mission drohe, dürften aber den Kaiser schließlich doch zum Empfange der Geistlichen bestimmt haben. Kurz vor der Abreise der kaiserlichen Familie nach dem Süden des Reiches durften die beiden Geistlichen im Schlosse Peterhof erscheinen. Der Zar empfing sie jedoch nicht in der Eigenschaft von Abgesandten des Negus, sondern lediglich als Privatpersonen, ergriff aber den Anlaß, um sie mit dem Auftrage zu betrauen, dem Könige Johann die Versicherung der wohlgeneigten Gesinnungen des Zaren und seinen Dank für das dem verstorbenen Kaiser Alexander II. übersendete Kreuz zu überbringen. Politische Tragweite darf dem Empfange der abessinischen Priester durch den Zaren keineswegs beigelegt werden, was am sprechendsten aus der Thatsache hervorgeht, daß ausdrücklich festgestellt wurde, der Zar werde die mehrerwähnten Priester nicht als Abgesandte des Königs von Abessinien empfangen. Schließlich sei bemerkt, daß das massive goldene Kreuz, über dessen Verbleib der Negus sichere Mittheilung zu erhalten wünscht, sich in der kaiserlichen Kirche von Livadia, in der Krim, vorgefunden hat.

* Zur Lage in Bulgarien wird der „Vossischen Zeitung" aus Sofia, 6. September, geschrieben:

Die letzte Ente, welche Madame Adam den Lesern ihrer „Nouvelle Revue" neuestens vorgesetzt hat, konnte selbstredend nicht verfehlen, in unsern Hofkreisen berechtigtes Aufsehen hervorzurufen, da ja in diesem Falle auch dem Fürsten Ferdinand ziemlich unanständig mitgespielt wurde. Wir hätten der Herausgeberin der „Nouvelle Revue" nur gewünscht, in dem Augenblicke hier anwesend zu sein, als uns in geschäftiger Eile das „Havas"-Telegramm Kunde von dem angeblichen Briefwechsel des Fürsten Ferdinand mit der Gräfin von Flandern brachte. Es sind in dem meistens aus Franzosen zusammengesetzten Hofstaate des Fürsten Ferdinand Ausdrücke gefallen, welche der Pariser Schriftstellerin bewiesen hätten, daß sie durch ihr unverantwortliches Treiben selbst die Achtung ihrer Landsleute zu verlieren beginnt und man sie hier mit gewöhnlichen Hochstaplern in einen Topf wirft. Der Fürst hat, nach einer aus seiner Umgebung stammenden Version, übrigens die Gelegenheit wahrgenommen, sich direct an den deutschen Reichskanzler zu wenden und ihm mitzutheilen, daß der von Madame Adam veröffentlichte Brief schon deshalb jeder Grundlage entbehre, weil er niemals in seinem Leben mit der Gräfin von Flandern im brieflichen Verkehr stand. Eine zweite wohl nur in Ermangelung anderen Stoffes entstandene Ente ist die vom „Figaro" in die Welt gesetzte Nachricht von einer bevorstehenden Verlobung der Prinzeß von Parma mit dem Fürsten Ferdinand. In hiesigen dem Fürsten unbedingt nahestehenden Kreisen, wo man mindestens ebenso wie die Reporter des genannten Boulevardblattes informirt sein müßte, ist davon absolut nichts bekannt. Im Allgemeinen herrscht gegenwärtig bei uns eine seit Jahren nicht dagewesene Ruhe, die höchstens da und dort durch Brigantenbanden gestört wird. In Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß die bulgarische Frage für Bulgarien zu existiren aufgehört hat und daß nichts den gegenwärtigen Entwicklungsgang stören wird. Die Opposition dagegen verspricht sich einige Krawalle von der im October zusammentretenden Sobranje. Die Freunde Rußlands sind eifrig bemüht, Zankow und Karawelow zu versöhnen. Seit Jahren leben die beiden Oppositionsführer in heftigster Fehde und mit ihnen gleichzeitig ihre Parteien. Schwerlich dürften diesmal die schon im Frühjahr begonnenen Versöhnungsversuche von Erfolg sein, denn sie werden von außergewöhnlich hoher Seite protegirt. Ob aber mit diesem Ausgleich die bulgarische Frage ein anderes Gesicht bekommen wird, dürfte noch sehr fraglich sein. Allerdings ist nicht zu leugnen, daß eine Vereinigung der beiden Oppositionsmänner die gegenwärtige Regierung zu größerer Behutsamkeit wird anspornen müssen, die sie heute, wo sich beide Parteien noch gegenseitig bekämpfen, nur im geringen Grade nothwendig findet. Gefährlich jedoch könnten sie nur dann werden, wenn Zankow sein Project, nach Bulgarien zurückzukehren, ausführt. Geschieht das, so würde die Opposition zweifellos neue Kraft erhalten. Man wird daher regierungsseits Alles aufbieten, um Zankow die Pforten Bulgariens nicht so bald zu öffnen.

Zur Lage in Italien.

* Der enthusiastische Empfang, welcher dem Könige Humbert bei seiner Rundreise in der Romagna von der dortigen Bevölkerung zu Theil wurde, wird als ein für die innere Consolidirung Italiens hochbedeutsames Ereigniß angesehen, von welchem eine neue Wendung in den politischen Verhältnissen ausgehen kann. Die Romagna galt bisher stets für die Feste des Radicalismus. Ravenna, Forli, Cesena und Rimini wurden von aller Welt als Domainen des Radicalismus angesehen. Der Umstand, daß der größte Theil der Deputirten, welche die Romagna in die Kammer entsendet, der republikanischen Partei angehört, und daß die Monarchisten bei den Parlamentswahlen fortwährend an Terrain verlieren, scheint diese Auffassung zu bestätigen. Allerdings war man sich in manchen Kreisen schon lange darüber klar, daß die Schuld an den bisherigen Mißerfolgen der Monarchisten hauptsächlich den Conservativen und gemäßigt Liberalen selbst zuzumessen ist, welche es nicht nur nicht verstanden, ihren radicalen Gegnern mit Entschiedenheit entgegenzutreten, sondern sich selbst gegenseitig bekämpften, und daher den rührigen und energisch auftretenden Republikanern den Sieg ermöglichten. Statt einander gegenseitig zu unterstützen und dem gemeinsamen Gegner, den Radicalen, mit vereinten Kräften entgegenzutreten, nahmen die Monarchisten der Romagna bei den Parlamentswahlen zu sehr auf die mehr oder minder conservative oder liberale Schattirung der Parteigruppe Rücksicht, denen die Candidaten angehörten, während die Radicalen compact für die Candidatenliste ihrer Partei stimmten und dadurch den Sieg an ihre Fahne fesselten. Kein Wunder, daß die Romagna auf diese Weise bei der großen Mehrheit der öffentlichen Meinung, welcher diese Voraussetzungen der Wahlerfolge der Radicalen im Allgemeinen verborgen blieben, in den Ruf gelangte, ein Hauptsitz des Radicalismus und Republikanismus zu sein.

Diese Auffassung hatte sich nachgerade in ein feststehendes Axiom verwandelt, so daß die früheren Regierungen es für von vornherein vergebliche Mühe hielten, energisch gegen die radicale Strömung in der Romagna anzukämpfen. Es war Herrn Crispi vorbehalten, den eingewurzelten Irrthum, als ob dem Radicalismus in der Romagna nicht beizukommen wäre, zu zerstören und den Beweis zu erbringen, daß diese politische Richtung ihre Herrschaft nicht so sehr ihrer eigenen Kraft, als der Zaghaftigkeit und Gespaltenheit der Gegner und dem Zusammenwirken verschiedener kleinerer Momente zu verdanken habe. Die großartig zu nennenden, von stürmischer Begeisterung getragenen Ovationen, welche dem Könige bei seiner Rundreise durch die Romagna von der Bevölkerung dargebracht wurden, haben die unwidersprechliche Thatsache vor Augen geführt, daß die immense Mehrheit der Bevölkerung treu und fest zum nationalen Königshause hält. An diese Erscheinung knüpft sich von selbst die Schlußfolgerung, daß es blos des ernsten Willens, eines energischen Anlaufes der monarchischen Partei bedürfe, um ihre radicalen Gegner in der Romagna aus dem Felde zu schlagen und die Herrschaft an sich zu bringen. Selbst die von den Radicalen versuchten Gegenkundgebungen, wie z. B. die dem radicalen Deputirten Ferrari wegen seiner Theilnahme an dem Empfange des Königs zugefügte Insulte, haben nur dazu gedient, die Schwäche der Radicalen hervortreten zu lassen. Es machte sich gegen Diejenigen, welche anti-dynastische Demonstrationen zu veranstalten suchten, ein so heftiger und allgemeiner Unwille geltend, daß es ihnen nicht gelingen konnte, in den erhebenden Verlauf des Aufenthaltes des Königs in der Romagna einen Mißton zu bringen.

Daß sich in der Romagna viel zersetzende Elemente befinden und dort Radicale und Socialisten mehr als in anderen Provinzen von sich sprechen machen, kann und soll nicht geleugnet werden. Daß es aber blos des ernsten Willens der monarchisch Gesinnten bedarf, um den radicalen Umtrieben in der Romagna ein Ziel zu setzen und daß die immense Majorität der Bevölkerung von radicalen Umtrieben Nichts wissen will, das haben die enthusiastischen Ovationen, welche dem Königspaare und dem Kronprinzen in der ganzen Romagna dargebracht wurden, auf das Glänzendste bewiesen. Man darf sich wohl der Hoffnung hingeben, daß die Monarchisten die Lehren, die sich aus diesen Vorgängen ergeben, beherzigen werden.

Zur Frage der Schulreform.

* Zur Frage der Reform des Schulwesens schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung":

Den Bestrebungen, welche auf eine Reform des höheren Schulwesens hinzielen, wird seitens der Presse in letzter Zeit eine eingehende Aufmerksamkeit gewidmet, ja es scheint diese Angelegenheit in so hohem Maße die öffentliche Meinung zu beschäftigen, daß die anderen Bildungsanstalten, welche nicht zum Studium vorbereiten, sondern für das Erwerbsleben den nöthigen Nachwuchs zu liefern bestimmt sind, fast gar nicht in den Kreis der Betrachtungen gezogen werden. Und doch sind alle Einsichtigen darüber einverstanden, daß es durchaus nothwendig ist, der Ueberproduction an Studirenden und Aspiranten der staatlichen Berufe zu steuern. Daß dies nur auf dem Wege zu erzielen ist, daß man dem mittleren Bürgerstande Gelegenheit giebt, seine Söhne auf Schulen zu erziehen, welche geeignet sind, zu dem höheren Handwerk, der mittleren Technik, dem Kaufmannsstande rc. eine tüchtige Vorbildung zu geben, dürfte ebenfalls nicht zweifelhaft sein. Die Realschule und namentlich die höhere Bürgerschule sind in dieser Beziehung als besonders geeignete Anstalten zu bezeichnen, und es läßt sich nicht leugnen, daß andere Bundesstaaten Preußen in diesem Gebiete überholt haben. In einem Erlasse des preußischen Cultusministers vom 28. Februar 1887 wurde nämlich mitgetheilt, daß von den 79 höheren Bürgerschulen ohne lateinischen Unterricht, denen vom Reichskanzler die Berechtigung zur Ausstellung von Zeugnissen für den einjährig-freiwilligen Militairdienst ertheilt ist, 33 auf Bayern, 19 auf Sachsen und nur 20 auf Preußen entfallen.

Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß in Preußen für eine geeignete Vorbildung der Söhne des Mittelstandes noch viel geschehen kann, und daß eine Entlastung der Gymnasien und Realgymnasien von denjenigen Schülern, deren Eltern von vornherein beabsichtigen, ihre Söhne einem praktischen Berufe und nicht dem Studium zuzuführen, durch Neugründung von höheren Bürgerschulen erreicht werden kann. Als Beweis hierfür möge die in demselben Erlaß hervorgehobene Thatsache dienen, daß in der Provinz Westpreußen, in welcher es gar keine höheren Bürgerschulen giebt, jährlich etwa 1000 Schüler aus den Gymnasien und Realgymnasien ausscheiden, um in das praktische Leben überzutreten. Man wird dem Cultusminister unbedingt zugeben müssen, daß, wie er hervorhebt, diese Schüler aus den classischen Sprachen, denen sie bisher die meiste Zeit gewidmet hatten, die rechte Frucht nicht gewinnen konnten und eine in sich abgeschlossene und für ihren Lebensberuf meist zweckmäßige Vorbildung erlangt haben würden, wenn sie den Lehrgang einer höheren Bürgerschule durchgemacht hätten.

Die Zahl der 1000 Schüler der höheren Anstalten, welche jährlich nur die mittleren Classen durchmachen, spricht beredt genug für die Nothwendigkeit, höhere Bürgerschulen zu gründen, zumal man mit der Annahme nicht fehlgehen wird, daß in anderen Provinzen ähnliche Zustände herrschen, da die geringe Zahl der höheren Bürgerschulen dem Bedürfnisse nicht entspricht. Der Cultusminister hat denn auch den Communen in dem mehrerwähnten Erlasse die Gründung solcher Anstalten nahegelegt.

Wenn eine Stadtgemeinde eine Schule zu errichten beabsichtigte, welche über den Rahmen der Volksschule hinausgehen soll, so war es bisher in Preußen meist das Gymnasium, sei es real oder humanistisch, auf welches zunächst Bedacht genommen wurde; an höhere Bürgerschulen wurde selten gedacht, weil man immer die Möglichkeit des Studiums offen halten wollte und sich damit zufrieden geben zu müssen meinte, wenn die bürgerlichen Berufe sich damit begnügten, halbausgebildete Recruten von den höheren Schulen zu erhalten.

Es darf als ein erfreuliches Zeichen der Umkehr auf diesem Wege bezeichnet werden, daß immer mehr und mehr der sittliche Werth der Erwerbsthätigkeit gewürdigt wird; wir stehen in einem scharfen Concurrenzkampfe mit den anderen Nationen, auf allen Gebieten ist daher eine erhöhte Anspannung der Kräfte erforderlich, und um dieser Anforderung genügen zu können, muß vor allen Dingen darauf Bedacht genommen werden, daß die Schule den Bedürfnissen des Lebens entspreche. Die höheren Schulen sind bei uns in ausreichendem Maße vorhanden, die Bürgerschule dagegen, welche dem Mittelstande stets neue Kräfte zuführen soll, ist vernachlässigt, und vielfach muß sich der Bürgerstand mit unzulänglichen Surrogaten derselben, einem nicht abschließenden Besuch höherer Schulen, für seine Söhne bescheiden.

Es ist anzunehmen, daß, wenn die Ueberfüllung in allen staatlichen Berufen, den akademischen sowohl, als den subalternen, welche jetzt schon einen bedauerlichen Grad erreicht hat, noch mehr zugenommen hat, die Neigung zur Begründung von höheren Bürgerschulen, obwohl dieselben außer dem einjährig-freiwilligen Dienst keine weiteren „Berechtigungen" gewähren, wachsen und einem zwar vorhandenen, aber noch nicht genügend in das Bewußtsein des Volkes übergegangenen Bedürfnisse abhelfen wird.

Socialpolitisches.

* London, 8. September. Der Congreß der englischen Gewerkvereine behandelte heute das sogenannte „Sweating"-System, dessen charakteristisches Merkmal in der Vergebung der Arbeit an Unterunternehmer besteht, welche dann die von ihnen gemietheten Arbeiter gegen den denkbar geringsten Lohn bis aufs Blut ausnutzen. Hunter aus Glasgow theilte mit, daß in Glasgow wenigstens in der Kleiderbranche das System ziemlich ausgerottet sei. Morrison aus London erklärte, daß Niemand diese Art Ausbeutung stärker betreibe als die Regierung. Hierauf sprach sich der Congreß gegen die übermäßig lange Arbeitszeit der Angestellten der Eisenbahnen aus und befürwortete, daß die Fabrikinspectoren größere Vollmachten erhalten. Der Antrag, daß völlig Mittellosen die Landung in England gesetzlich verboten werden solle, wenn dieselben nicht beweisen könnten, daß sie ein bestimmtes Handwerk gelernt hätten, oder sonst im Stande wären, durch Handarbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen, wurde genehmigt. Von den übrigen gefaßten Beschlüssen verdient hervorgehoben zu werden, daß der Antrag zu Gunsten eines allgemeinen Achtstunden-Gesetzes nicht angenommen wurde. Der nächstjährige Congreß wird in Dundee abgehalten werden. — Die Amalgamated Society of General Labourers, welche es sich zur Aufgabe gestellt hat, die gewöhnlichen Arbeiter, welche kein bestimmtes Handwerk gelernt haben, zu organisiren, hat ein Manifest veröffentlicht, worin sie den Grundsatz aufstellt, daß es Pflicht der Gesellschaft sei, dahin zu streben, daß der Einzelne die Mittel zum Lebensunterhalt und Unterstützung in Krankheit und Alter erhalte. Die Gesellschaft will sich nicht in Parteipolitik mischen, dagegen für Vertretung der Arbeiter im Parlament sorgen. Auch die landwirthschaftlichen Arbeiter sucht der Verein in den Kreis seiner Bestrebungen zu ziehen. Am nächsten Sonntag soll eine Volksversammlung im Battersea-Park abgehalten werden. Das Manifest schließt mit den Worten: „Ihr habt nichts zu verlieren als eure Ketten und eine Welt zu gewinnen."

* Brüssel, 9. September. Seit 40 Jahren strebt man in Belgien danach, aus sittlichen und wirthschaftlichen Gründen die Verwendung von Frauen und Mädchen zu den unterirdischen Grubenarbeiten gänzlich zu beseitigen. Das ist bis heute noch nicht zu erreichen gewesen. Die belgischen Großindustriellen, deren Engherzigkeit bekannt ist, widersetzen sich dieser Maßnahme, weil sie die Weiber und Mädchen schlecht bezahlen und ihr Ersatz durch Männer den Selbstkostenpreis der Grubenproducte erhöhen würde. Die einzige bisher erreichte Errungenschaft besteht darin, daß seit 1884 verboten ist, Mädchen unter 14 Jahren in den Gruben zu verwenden. In der Provinz Lüttich, in welcher die mannigfaltigsten Industriezweige den weiblichen Bewohnern Arbeitsgelegenheit bieten, ist die Zahl der in den Gruben beschäftigten Arbeiterinnen nicht bedeutend; sie betrug 1886 1,24 Proc. bei 17 404 Grubenarbeitern und ist 1887 auf 1,08 Proc. gesunken. Um so schlimmer sind diese Zustände in der Provinz Hennegau, in welcher die ganze Industrie in den Metall- und Kohlenwerken beruht. Hier sind noch Weiber und Mädchen massenhaft in den unterirdischen Kohlengruben thätig; 1886 betrug ihre Zahl noch 7,75 Procent aller Arbeiter, und seitdem haben sich diese traurigen Zustände, wie aus den jetzt veröffentlichten statistischen Zusammenstellungen hervorgeht, nicht gebessert. Um der ausländischen Concurrenz zuvorzukommen, wird Frauen- und Mädchenarbeit in erschrecklicher Weise ausgenutzt; man legt ihnen eine tägliche Arbeitszeit bis zu 15 Stunden gegen geringen Tagelohn auf. Es ist bedauerlich, daß keine belgische Regierung den Muth hat, den Sonderinteressen der Großindustriellen entgegenzutreten und diesen Zuständen, über welche die Arbeiter jetzt aufs Neue mit Recht bitter klagen, ein Ende zu machen. Dabei fehlt es nicht an bedrohlichen Anzeichen; die beunruhigenden Berichte sprechen von wachsender, wüster Agitation, besonders im Bassin Centre, dem Sitze des intelligentesten Theiles der belgischen Arbeiterbevölkerung; die extremen Elemente der socialistischen Partei erheben immer kühner ihr Haupt (ihr Führer Defuisseaux glaubt schon die Zeit gekommen, durch einen neuen Volksaufstand, wie 1886, den Brand entzünden zu können — es ist hohe Zeit, daß die belgische Regierung sich aufrafft, sociale Reformen in das Leben ruft und einer für das Land und seine Nachbarn gefahrvollen Bewegung zuvorkommt.

Mittheilungen

aus der Rathsplenarsitzung vom 1. September 1888.*)

Vorsitzender: Herr Bürgermeister Justizrath Dr. Tröndlin.

1) Das Königliche Ministerium des Innern hat den zu §. 18 der Armenordnung für die Stadt Leipzig aufgestellten Nachtrag genehmigt und mit Decret versehen; es ist Bekanntmachung zu erlassen.

2) Die in der Einverleibungsfrage von den Gemeinden Leutzsch und Alt-Schönefeld eingegangenen Erklärungen werden zur betreffenden Deputation gegeben.

Nach Gewährung zweier Unterstützungen aus Stiftungsmitteln wird

3) die Lieferung von 4 Dampfkesseln für die beiden Gasanstalten an die Firma Goetz & Reßmann hier als Mindestfordernde vergeben.

4) Dem zum Vortrag gebrachten Gutachten der Finanzdeputation, die den 1882/86 abgelegten Specialrechnungen für das Armenamt bezüglich der Holz- und Kohlencasse, sowie eines damit zusammenhängenden Legates betreffend, tritt man bei; es sind jene Rechnungen den Stadtverordneten vorzulegen.

5) Auf das Gesuch einiger Inhaber von Cafés und Restaurants um die Erlaubniß zur Abhaltung von musikalisch-declamatorischen Vorträgen während der ganzen Dauer der Messe bis Nachts 1 Uhr wird ablehnende Entschließung gefaßt.

Nach Vergebung mehrerer Stuben im Johannishospital werden

6) die Kosten von 1195 ℳ für Trottoirlegung vor dem Grundstück Nr. 21 am Windmühlenwege bewilligt. Dasselbe geschieht

7) mit den Kosten von 1215,50 ℳ für Herstellung telegraphischer Verbindung des Schlachthofes mit dem Hauptfeuerwehrdepot und der dritten Bezirkswache vermittelst dreier Feuermelder am Pförtnerhause, am Maschinenhause und dem Futterboden des Marktstalles.

Zu 6 und 7 ist Zustimmung der Stadtverordneten einzuholen.

*) Eingegangen bei der Redaction am 11. September.

Musik.

— Stadttheater. Heute Mittwoch Abend kommt die große Oper „Hamlet" von Ambr. Thomas zur ersten Aufführung. Das Werk ist mit außerordentlicher Sorgfalt einstudirt und mit nicht minderer die Inscenirung vorgenommen, so daß die hohen Erwartungen, die der Oper entgegengebracht werden, ihre volle Befriedigung erhalten dürften. Mit Rücksicht auf die Dauer der Vorstellung — die Oper enthält fünf Acte — ist der Beginn derselben auf ½7 Uhr angesetzt worden.

* Die hochberühmte Musikalienverlagshandlung der Herren Breitkopf & Härtel entwickelt eine geradezu staunenswerthe Thätigkeit. Eine Besprechung derselben uns vorbehaltend, weisen wir hier zunächst nur kurz darauf hin, daß Beethoven's Werke jetzt in einer „Gesammtausgabe für Unterricht und praktischen Gebrauch" in dem genannten Verlage erscheinen. Bereits liegt die erste Lieferung (à 1 ℳ) in prächtiger Ausstattung vor. Das Unternehmen ist zu bedeutend, als daß wir uns versagen könnten, auf den Prospect und den Inhalt der einzelnen Hefte näher einzugehen. Vorläufig möge die Aufmerksamkeit unserer Leser auf diese Ausgabe hingelenkt sein.

F. K. Meerane, 10. September. Mit dem heutigen Tage beschließt der hiesige „Sänger-Verein" die Festfeier seines 50jährigen Bestehens, welche in Festcommers, Bannerweihe (Geschenk der Frauen), Jubiläums-Concert, Festtafel und Ball bestand. Eine besondere Verherrlichung des Festes geschah durch das Erscheinen des Männergesangvereins „Orpheus" aus Aussig a/Elbe, welcher 36 Mann stark sich zu dieser Feierlichkeit hier eingefunden hatte. Die Weiherede hatte Herr Archidiakonus Stöckel bereitwilligst übernommen. Dem derz. Director des Vereins, Herrn Cantor Brückner, und dem Kaufmann Herrn Otto Kunz verlieh man die Ehrenmitgliedschaft.

F. R. Meerane, 11. September. Seitens der Stadt wurde am gestrigen Nachmittage bei der zur Jubelfeier des hiesigen Sängervereins stattfindenden Festtafel dem genannten Verein auch noch eine Ehre zu Theil. Dieselbe bestand in einem Lorbeerkranz mit Widmung und einem silbernen Humpen und wurde durch Stadtrath Mehnert mit entsprechender kurzer Ansprache überreicht.

* Professor Dr. J. G. Herzog, Musiklehrer und Musikdirector an der königl. Universität in Erlangen, ist, wie die „Neue Zeitschrift für Musik" mittheilt, auf Ansuchen vom 1. October an der dauernde Ruhestand bewilligt worden. Derselbe wird seinen künftigen Aufenthalt in München nehmen. Zu seinem Nachfolger ist vom Senate der Universitäts- und Seminarmusiklehrer C. Oechsler in Bamberg in Vorschlag gebracht. Bei dem letzten Kirchen-Concerte, welches Herzog leitete, war der Spieltisch der Orgel mit einem Lorbeerkranz geziert, und am Tage darauf wurde ihm vom Studentenausschuß im Namen der gesammten Studentenschaft eine Dankesadresse für seine langjährige Wirksamkeit in feierlicher Weise überreicht. Ebenso erhielt derselbe vom königl. Oberconsistorium zu München eine Zuschrift, welche in höchst ehrender Weise seine „hervorragenden Verdienste um die Verbesserung des evangelischen Kirchengesanges in Bayern" hervorhebt. Vom Großherzog von Hessen wurde ihm in Anerkennung für die „ausgezeichnete Dienstleistung bei Herstellung eines neuen Choralbuches für die hessische evangelische Landeskirche" das Ritterkreuz I. Classe des Verdienstordens Philipp's des Großmüthigen verliehen. Mit oben erwähnten Kirchenconcert hat Herzog in Erlangen seine musikalische Thätigkeit beschlossen; die für das folgende Wintersemester in Aussicht stehenden Concerte werden von seinem Nachfolger geleitet werden.

* Ueber Wagner's Jugendoper „die Feen" bemerkt die „Sächsische Landeszeitung": „So wenig R. Wagner's „Feen" musikalisch bedeuten mögen, so richtig war Herrn v. Perfall's Schachzug, sie diesen Sommer dem internationalen Publicum Münchens vorzuführen. Für Fidelio, Meistersinger oder Don Juan wäre die zerstreute Ausstellungswelt vielleicht kalt geblieben. Aber eine Jugendoper Wagner's — die „muß" Jeder sehen. Auch die gestrige 17. Vorstellung der Feen war wieder ausverkauft, erbrachte also 6—7000 ℳ und fand in dem märchenhaften Schlußtableau Lautenschläger's wieder tobenden Beifall. Jetzt singt und spielt Frau Schöller die Lora und zwar nach jeder Richtung hervorragend. Auch Herr Stehr und Fräulein Herzog sind in dem komischen Streitduett entzückend. Die musikalische Oede des Werkes empfindet bei dieser Aufführung in München Niemand!"

Notizen. Im Berliner königlichen Opernhause soll „Loreley", die vieractige Oper von Otto Roquette, Musik von dem kürzlich verstorbenen Professor Emil Naumann, noch in dieser Saison zur Aufführung gelangen. — Die erste Aufführung des neuen Ballets „Die vier Jahreszeiten" ebendaselbst ist, wie man der „T. R." mittheilt, für die Mitte des Monats October in Aussicht genommen. Zu dem von Herrn Professor Taubert und Herrn Ballettmeister Graeb verfaßten Ballet, zu welchem Herr Musikdirector Hertel die Musik geschrieben hat, ist Frl. D'Ell Era die Hauptrolle zuertheilt worden; da diese Künstlerin, welche nach ihrem Vertrage nur sechs Monate im Jahre in der Berliner Hofoper thätig zu sein braucht, erst anfangs October wieder zur Verfügung ist, so können die Hauptproben zu den „Vier Jahreszeiten" erst im nächsten Monat stattfinden. Das neue Ballet, dessen Aufführung im Ganzen etwa 50 Minuten in Anspruch nehmen dürfte, wird hauptsächlich mit größeren, den Abend nicht füllenden Spielopern, wie „Stradella", „Maurer und Schlosser", „Regimentstochter" u. s. w. gemeinsam gegeben werden. — Das Gastspiel von Frau Bertha Pierson-Bretthol in der Berliner Hofoper, welches auf ein Engagement ursprünglich nicht abzielte, hat nach den günstigen Erfolgen der Künstlerin schließlich doch zu einem solchen, und zwar auf vier Monate, geführt. Frau Pierson-Bretthol wird vorerst noch im October einige Gastrollen singen, später an auswärtigen Bühnen gastiren und sodann, nach Ablauf des — bekanntlich viermonatlichen — Engagements von Frau Rosa Sucher, im kommenden Frühjahr ihre Thätigkeit am Berliner königlichen Opernhause aufnehmen. — Teresina Tua hat für ihr erstes Concert, welches den 18. d. M. bei Kroll in Berlin stattfindet, ein sehr schwieriges Programm aufgestellt. Die Künstlerin wird die drei wichtigsten Concerte der Violin-Literatur, die Concerte von Mendelssohn, Bruch und das Concert der Concerte, von Beethoven, zum Vortrag bringen. Dieselbe unternimmt im nächsten Winter eine größere Concertreise nach Rußland und dem Orient. Die Künstlerin soll die Absicht haben, nach Beendigung dieser Reise nicht mehr öffentlich aufzutreten. (?!) — Am evangelischen Seminar in Wolfenbüttel wird ein Musiklehrer gesucht, der besonders seine Befähigung im Unterricht für Gesang, Orgel und Violinspiel nachweisen kann. Gehalt etwa 3000 ℳ. Meldungen an das herzogliche Consistorium. — Dr. Jadassohn in Leipzig vollendete eine neue Symphonie in Cmoll Op. 101, welche Herrn Hofrath Schuch in Dresden gewidmet ist. — Zwei hervorragende Künstlerinnen aus der Kaiserstadt an der schönen blauen Donau werden die Dresdner Concert-Saison eröffnen: Frau Annette Essipoff, die Claviergewaltige, am 8. October, die k. k. Hofopernsängerin Frau Rosa Papier